



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 237/GP

03.12.2018

**Huml wirbt für Organspendeausweis - Sitzung des Bündnisses  
Organspende Bayern in München - Bayerns Gesundheitsministerin dankt  
für engagierte Arbeit**

Das Bündnis Organspende Bayern hat sich am Montag in München zu einer Sitzung getroffen. **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** betonte aus diesem Anlass: "Jeden Tag sterben in Deutschland bis zu drei Menschen, für die nicht rechtzeitig ein Spenderorgan zur Verfügung stand. Allein in Bayern warten derzeit mehr als 1.400 Menschen auf ein Spenderorgan. Deshalb ist es wichtig, dass sich mehr Menschen für einen Organspendeausweis entscheiden."

Die Ministerin fügte hinzu: "Wir müssen die Aufmerksamkeit innerhalb der Gesellschaft für das Thema Organspende weiter erhöhen. Das Bündnis Organspende Bayern leistet hierfür seit nunmehr über zwei Jahren einen wichtigen Beitrag. Für das große Engagement der Mitglieder des Bündnisses bin ich sehr dankbar."

Huml unterstrich: "Wir haben in den vergangenen Jahren intensiv darüber informiert, dass Organspende Leben rettet. Aber immer noch entscheiden sich nicht genug Menschen für einen Organspendeausweis. Deshalb ist es an der Zeit, die bisherige Regelung auf den Prüfstand zu stellen und eine breite gesellschaftliche Debatte über die sogenannte doppelte Widerspruchslösung zu starten. Der Verlauf dieser Debatte wird zeigen, ob eine Widerspruchslösung auf Zustimmung in der Bevölkerung stößt."

Bei der doppelten Widerspruchslösung ist grundsätzlich jeder Mensch im Todesfall automatisch Organspender - es sei denn, er hat dem zu Lebzeiten widersprochen. Hat er dies nicht, sind als zweite Schranke die Angehörigen einzubeziehen, die auch der Organspende widersprechen können. Dagegen sieht die aktuell geltende Rechtslage in Deutschland vor, dass Organe im Todesfall nur dann entnommen werden dürfen, wenn der Betroffene zu Lebzeiten dem ausdrücklich zugestimmt hat oder - sofern keine Erklärung des Verstorbenen vorliegt - die Angehörigen nachträglich entsprechend dem mutmaßlichen Willen des Verstorbenen entscheiden.

Huml erläuterte: "Niemand soll unter Druck gesetzt werden. Denn bei der Organspende handelt es sich um ein sensibles Thema, das Ängste auslösen kann. Aber auch die doppelte Widerspruchslösung ermöglicht es, dass jeder Mensch selbst über seine Position entscheidet."

Das Bündnis Organspende Bayern wurde am 14. März 2016 in München vom



Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gegründet. Es hat mittlerweile mehr als 60 Mitglieder aus Politik, Kirchen, Wirtschaft und Gesellschaft, darunter Krankenkassen, die Deutsche Stiftung Organtransplantation sowie diverse Selbsthilfegruppen.

Huml erläuterte: "Ziel dieses Bündnisses ist es, die Maßnahmen verschiedener Institutionen im Bereich Organspende zu bündeln. Nur gemeinsam können wir für eine Kultur der Organspende eintreten und dafür sorgen, dass die Gesellschaft für dieses Thema sensibel wird. Deshalb begrüße ich es sehr, dass das Bündnis Organspende Bayern nach der erfolgreichen Organspende-Veranstaltung mit dem Bayerischen Fußball-Verband im Jahr 2017 seine Öffentlichkeitsarbeit weiter ausbauen möchte."

Im Jahr 2017 war die Zahl der postmortalen Organspender in Bayern noch entgegen dem bundesweiten Trend im Vergleich zum Vorjahr gestiegen - und zwar von 121 auf 143. Die Zahl der postmortalen Organspender lag in diesem Jahr bis Ende Oktober nach Angaben der Deutschen Stiftung Organspende bei 109, 2017 waren es in diesem Zeitraum 124.